

Links der Neiße

Februar 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.119

Anlässlich des internationalen Gedenktages der Opfer des Holocaust und des nationalen Gedenkens der Opfer des Nationalsozialismus vor dem Zittauer Rathaus.

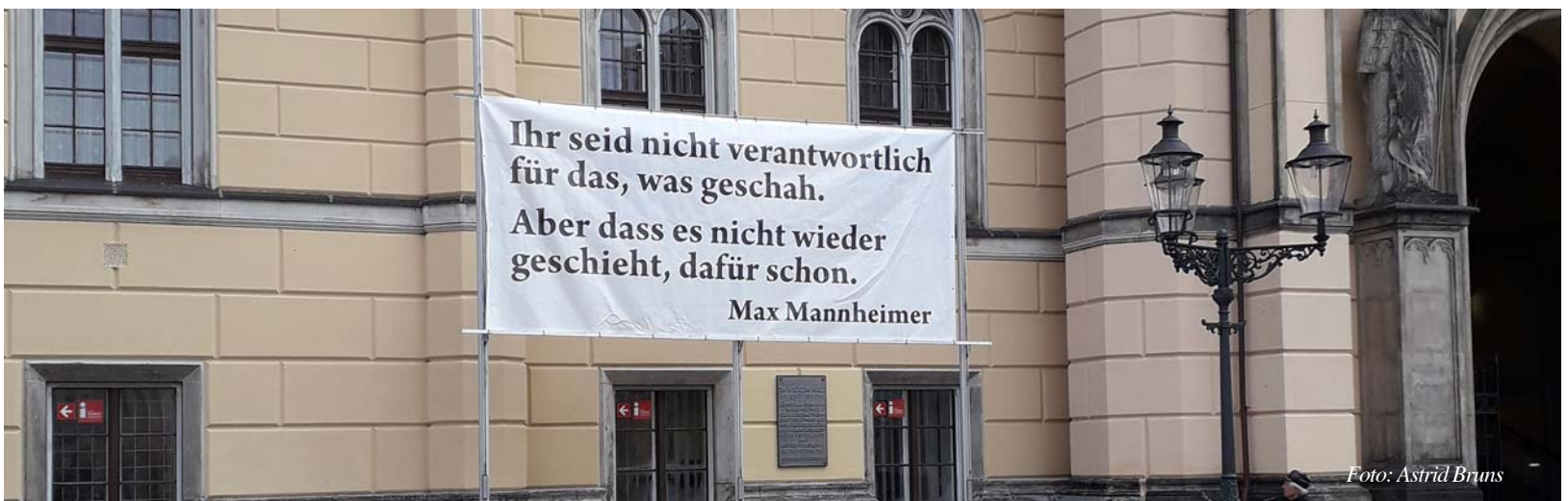


Foto: Astrid Bruns

mehr auf den Seiten 11-12

Defender 2020 belastet Mensch und Umwelt, hilft aber nicht der Sicherheit



mehr auf den Seiten 2/4/10/13

Der Kampf gegen weiße Flecken - Projekt „Befragung Kommunale Räte“ gestartet

mehr auf Seite 6

Green Deal:

Ganz viele nette Worte, aber CO² spielt keine Rolle!



mehr auf Seite 3

Die große Show war perfekt.



OB von Görlitz nannte Ziele auf dem Neujahrsempfang für die Entwicklung von Görlitz.

mehr auf Seite 8

10-Jahre LdN Links der Neiße



Die Redaktion bedankt sich bei allen Leserinnen und Lesern der LdN für ihre Treue.

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipp	S. 15
Geburtstage	S. 16

Friedenskonferenz in Weißwasser

Organisiert durch die Bundestagsfraktion der LINKEN. Die beiden Vorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch werden diese Veranstaltung eröffnen. Stattfinden wird sie am 28. März, von 11 bis 18 Uhr; vermutlich im Sozio-Kulturellen-Zentrum, Straße der Einheit 20.

Defender 2020 belastet Mensch und Umwelt, hilft aber nicht der Sicherheit

Zum geplanten Großmanöver Defender 2020 erklärt Tobias Pflüger am 14. Januar, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE:



Defender 2020 hat erschreckende Ausmaße. 37.000 Soldatinnen und Soldaten, davon 20.000 aus den USA, sollen quer durch Deutschland in Richtung russische Grenze transportiert werden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich offenlegen, welche Belastungen das mit sich bringt. Klar ist, dass solche Truppentransporte mit Panzern, LKWs und schwerem Gerät nicht ohne Folgen für Infrastruktur, Natur und Klima bleiben. Defender

2020 zeigt deutlich: NATO und Bundeswehr kümmern sich Null um Klimaschutz. Mit der Teilnahme an Defender 2020 macht die Bundesregierung Deutschland zur logistischen Drehscheibe für eine zutiefst fragwürdige Aufrüstungs-

politik gegenüber Russland. Statt abzurüsten, probt sie den Ernstfall - das ist genau die falsche Richtung. So schafft man nicht mehr, sondern weniger Sicherheit in Europa. Die Hauptzeit des Manövers wird übrigens im April und Mai sein. Schon das ist ein Affront gegenüber Russland, jährt sich doch am 8. Mai 2020 das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Die Befreiung vom Faschismus ist aber ganz entscheidend der Sowjetunion zu verdanken.

Die Bevölkerung soll mit Defender 2020 an den Anblick von Militär auf den Straßen gewöhnt werden. Das werden wir nicht hinnehmen. Wir unterstützen deshalb Aktionen der Friedensbewegung vor Ort. Zahlreiche Ortschaften, etwa im Ruhrgebiet, in Mannheim, in Nürnberg, in Bremen, Hamburg und Berlin, werden von den Truppentransporten betroffen sein und müssen Einschränkungen hinnehmen. Hier gibt es viele Möglichkeiten, mit friedlichen, bunten, kreativen Protesten deutlich zu sagen: Diese Aufrüstung wollen wir nicht. Wir unterstützen die Proteste gegen Defender 2020. Mehr dazu auf den Seiten 4/10/13.

Bundesregierung blockte Digitalsteuer

Zu den Enthüllungen von Investigate Europe und Netzpolitik.org erklärt Martin Schirdewan, ECON-Mitglied und Ko-Vorsitzender der Linksfaktion im Europäischen Parlament:



Martin Schirdewan. Foto: Internet

„Olaf Scholz und die Große Koalition in Deutschland stehen Steuergerechtigkeit im Weg. Kein Wunder, dass Deutschland wenig Interesse und keine Initiative gezeigt hat, für Transparenz bei Ratssitzungen zu sorgen. So konnte der Finanzminister Scholz (SPD) gemeinsam mit Steueroasen und Multis eine gerechte Besteuerung von Google, Facebook & Co. verhindern.“

„Es kann nicht sein, dass Finanzminister Olaf Scholz die Digitalsteuer schon im Oktober 2018 verhindert hat und dieser Umstand erst heute durch ein Leak ans Licht kommt. 2018 befragte ich ihn dazu drei Monate vorher im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), doch eine Antwort blieb er schon damals schuldig.“ „Offensichtlich war eine große Mehrheit für die Verabschiedung der

Digitalsteuer, aber Scholz suchte einen Schulterchluss mit den Steueroasen und Multis und somit gegen eine Digitalsteuer. Jeder Bäcker, jede Bäckerin zahlt heute mehr Steuern als ein Milliardenkonzern wie Amazon. Wir brauchen dringend eine Digitalsteuer, die ihren Namen verdient. Dafür benötigen wir die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen und eine Besteuerung in dem Land, in dem das Geschäft auch getätigt wird.

Zuzüglich eines gerechten Steuersatzes von fünf Prozent um nötige Investitionen in Klimaschutz, Gesundheit oder Bildung tätigen zu können.“

ECON: Zu seiner Zuständigkeit gehören der freie Zahlungsverkehr, Steuer- und Wettbewerbsfragen, die sowie die Regelung und Überwachung von Finanzsituationen und -märkten.

Zur Transformation der Automobilindustrie

Am 15. Januar tagte der Autogipfel im Kanzleramt. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, dazu:



Bernd Riexinger. Foto: Internet

Wir brauchen ein Milliardenprogramm, um den Umbau der Autoindustrie zu gestalten. Das Ziel muss sein, Arbeitsplätze und das Klima zu schützen. Mit einem Zukunftsfonds, wie wir ihn vorschlagen, ist genau das möglich. Die Bundesregierung muss jetzt endlich ein Konzept vorlegen, dass den Umbau der Zulieferer sowie der Autokonzerne selbst ebenso einschließt, wie die Verbesserung des Klimaschutzes. Ein Weiterso bedeutet bereits heute massiven Stellenabbau und auch nachhaltiger Klimaschutz kann mit der reinen Veränderung in der Antriebstechnologie nicht erreicht werden.

Statt Förderungen für falsche Konzepte brauchen wir einen kompletten Umbau der Autoindustrie in eine Mobilitätsindustrie. Der Fokus muss hier auf bezahlbarer Mobilität für alle liegen, also vor allem auf Ausbau und Ver-

besserung des ÖPNV. Wir brauchen einen Zukunftsfonds, der mit 20 Milliarden Euro jährlich den Transformationsprozess, hin zu einer Mobilitätsindustrie begleitet. Sozial-ökologische Innovationen und Modernisierungen müssen unterstützt werden. Dabei muss die Vergabe dieser Gelder an klare Bedingungen geknüpft werden, um den Erhalt von Stellen und gute Bezahlung für die Beschäftigten zu sichern. Klimaschutz und soziale Fragen müssen in diesem Transformationsprozess gemeinsam beantwortet werden.

Ergebnisse Autogipfel:
1. Hunderttausend Jobs sollen mit Hilfe des Staates gesichert werden.
2. Zugang zu Kurzarbeit soll erleichtert werden.
3. Qualifizierung als eine große Herausforderung..

Keine Militärintervention in Libyen

„DIE LINKE lehnt eine neue Militärintervention in Libyen ab. Die auf der Libyen-Konferenz in Berlin beschlossene Waffenruhe und das Waffenembargo können ein erster wichtiger Schritt zur Beilegung des Konflikts sein. Zur Umsetzung sollte die Bundesregierung beispielgebend vorgehen und die Waffenexporte an alle im



Heike Hänsel. Foto: Internet

Libyen-Krieg beteiligten Länder stoppen“, erklärt Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Die Außenpolitikerin weiter:

„Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und die Türkei sind im Libyen-Krieg beteiligt und doch genehmigt die Bundesregierung seit Jahren immer neue Rüstungsexporte an diese Länder. Der Endverbleib der gelieferten Waffen wird nicht überprüft. DIE LINKE begrüßt die Absage von

UN-Generalsekretär António Guterres an eine EU-Militärmission und den Aufruf an die EU, beim Wiederaufbau der Wirtschaft, dem politischen Prozess und bei der humanitären Hilfe eine wichtige Rolle zu übernehmen.“

Green Deal:Ganz viele nette Worte, aber CO² spielt keine Rolle!

Am 15. Januar stimmte das Europäische Parlament (EP) über den ‚Green Deal‘ der EU-Kommission ab. Die Resolution wurde mit einer Mehrheit von 482 Stimmen angenommen. Martina Michels, Sprecherin von DIE LINKE im EP, und Cornelia Ernst, energiepolitische Sprecherin von DIE LINKE im EP, kommentieren das Ergebnis:



Cornelia Ernst.



Martina Michels.

Martina Michels: „Nette Worte helfen uns beim Green Deal überhaupt nicht. In der gemeinsamen Resolution von Konservativen, Grünen, Sozialist*innen und Liberalen wird das europäische Klimaziel von 55 Prozent Senkung der Treibhausgase bis 2030

gefordert. Das ist lächerlich! Jeder weiß, und zwar nicht nur die ‚Fridays for Future‘, dass wir ein Klimaziel von 65 Prozent brauchen, um Paris einzuhalten und um die europäische Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Wenn

bis 2050 erreicht werden, wenn schlicht zu viel CO₂ in die Atmosphäre gepumpt wird? Das ist simple Physik und es wäre einfach wunderbar, wenn das die anderen Fraktionen im Europaparlament begreifen würden. Mal ab-

dieses Ziel nicht Teil des Green Deals ist, dann gute Nacht! Deshalb haben wir unsere eigenen Vorschläge* für eine fundierte Bekämpfung des Klimanotstands eingebracht, die jedoch keine Mehrheit fanden.“

gesehen davon, dass zum Thema Strom- und Gasabschaltungen - weil jemand seine Energierechnung nicht zahlen kann - nichts, aber auch gar nichts in der Resolution steht.“

Cornelia Ernst abschließend: „Einen kleinen Lichtblick gab es allerdings: Es soll bindende europäische Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren geben. Immerhin! Und eine Mehrheit von 351 Abgeordneten hat klargestellt, dass Atomkraft keine Rolle beim Klimaschutz spielen darf. Auch das ist gut. Deshalb haben wir uns in der Endabstimmung enthalten.“

Cornelia Ernst weiter: „Wie soll bitte Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden, wenn schlicht zu viel CO₂ in die Atmosphäre gepumpt wird? Das ist simple Physik und es wäre einfach wunderbar, wenn das die anderen Fraktionen im Europaparlament begreifen würden. Mal ab-

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag kämpft für Klimagerechtigkeit:

1. Die Reichsten müssen gerecht besteuert werden. Sie haben den größten ökologischen Fußabdruck. Den Klimawandel zu stoppen, geht nur sozial gerecht!
2. Wir brauchen einen »Green New Deal« gegen Konzernmacht. Seit 1994 wurden 6.500 Schienenkilometer stillgelegt. Wir brauchen öffentliche Investitionen in eine Bürger- statt eine Renditebahn, in den öffentlichen Nahverkehr, intelligente Verkehrssysteme, regenerative Energien und Energieeffizienz.
3. Statt EZB-Milliarden für Banken und Vermögende brauchen wir die Euros der Europäischen Zentralbank für Schienen, Bahnen und den ökologischen Umbau der Industrie. Dies würde Vollbeschäftigung, grüne Jobs mit Zukunft und Alternativen für die Mehrheit schaffen.
4. Die konzerngetriebene Globalisierung sowie Krieg und Rüstung sind Klimakiller. Wir brauchen mehr regionale Produktion statt ungehemmten Freihandel, der Güter rund um den Globus schickt.
5. Die Pendlerpauschale begünstigt Besserverdiener, da diese bei der Steuer profitieren. Wir wollen ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld!

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Positionspapiere/2019/191105_Positionspapier_AKII_Klimagerechtigkeit.pdf



Langfristige Hilfe statt Ostereier für Kommunen

Klamme Kassen haben nicht nur die Kommunen, in den Regionen, in denen energiepolitisch der Strukturwandel durch alle politischen Parteien durch Dorf getrieben wird, sondern auch viele, viele andere Kommunen die Opfer der Bundes- und Landespolitik geworden sind. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE sagt zu den weiteren Einschränkungen, im von Finanzminister Scholz, vorgeschlagenen Hilfspaket für angeschlagene Kommunen:

Die Überschuldung von Kommunen ist hauptsächlich die Folge der ungerechten Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Kommunen sind dabei allzu oft das letzte und schwächste Glied der Kette. Sie müssen die finanzpolitischen Entscheidungen der darüber liegenden Entscheidungsebenen ausbaden. Die



Aussage von Scholz zeigt, dass er daran nichts ändern will.

Die von Scholz in Aussicht gestellten Hilfen sollen nach relativ willkürlichen Kriterien einigen Kommunen zugutekommen, anderen nicht. Und das einmalig. Danach sind die Kommunen wieder auf sich gestellt. Weiteren

Finanzbedarf müssen notleidende Kommunen durch Umverteilung mit anderen Kommunen decken. Am Ende ist für alle zu wenig da. Deutlicher kann man nicht machen, dass man nur Ostereier verteilen, aber nichts an der Ungerechtigkeit im System ändern will.

In der Vergangenheit haben Bund und Länder immer wieder Aufgaben beschlossen, während die Kommunen auf den Kosten sitzen blieben. Vielfach können sich diese Kommunen nicht mehr aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle befreien. Was die Kommunen brauchen, sind nicht Geschenke, sondern verlässliche Mittelzuweisungen, mit denen sie ihre Aufgaben langfristig bewältigen können. Dazu muss der Bund die Kommunen einerseits von Altschulden befreien und er muss andererseits über eine Gemeindefinanzreform die Finanzierung der Kommunen langfristig sicherstellen. Dazu muss der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen angehoben und die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden, die dann auch Selbstständige und Freiberufler zahlen.

Linksfraktion macht Manöver „Defender Europe 2020“ zum Thema im Landtag

Mertsching: Wir rufen zu friedlichem Protest auf



Archivbild: August 2019

Militärkonvois mit zehntausenden Soldaten werden gen Osteuropa rollen, auch durch Sachsen. Die Bundeswehr leistet logistische Unterstützung; der Truppenübungsplatz Oberlausitz wird für Zwischenstopps genutzt und sukzessive zum NATO-Stützpunkt ausgebaut, auch der Standort Frankenberg ist involviert. Dagegen wendet sich die Linksfraktion im Landtag (Drucksache 7/568). Sie fordert die Landesregierung auf, gegenüber der Bundesregierung auf die Einhaltung des 1990 geschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrages hinzuwirken sowie sich dafür einzusetzen, „dass die fortgesetzte Nutzung des Territoriums des Freistaates Sachsen als Aufmarsch- und Übungsgebiet von NATO-Streitkräften gegen Russland wirksam unterbunden wird“. Dazu erklärt Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE:

„Wir glauben den Beteuerungen nicht: Diese Großübung ist eine Provokation gegenüber Russland und Ausdruck

eines falschen Feindbildes und massiver Geld- und Ressourcenverschwendung. NATO-Truppen sollen möglichst schnell und effizient gen Osten ins Baltikum verlegt werden können, damit sie in der Lage sind, einen russischen Angriff – weshalb auch immer dieser kommen sollte – aufzuhalten. Die Zeiten von Abschreckung als Form von Sicherheitspolitik sind vorbei! Soll Moskau das etwa als Freundschaftsbeweis auffassen?

Wir wenden uns strikt gegen eine solche Eskalationsstrategie und machen das Manöver deshalb im Landtag zum Thema. Wie soll so ein Truppen- und Panzeraufmarsch zur Entspannung der Beziehungen mit Russland beitragen? Die Bundeswehr sollte sich mit ihrem Truppenübungsplatz Oberlausitz und ihrer Kaserne in Frankenberg daran also nicht beteiligen! Angemessen wäre eine distanzierende Erklärung der Staatsregierung zu diesem Manöveraufmarsch. Wir rufen die Zivilbevölkerung zu friedlichem Protest auf, den wir tatkräftig unterstützen.“

Friedenskonferenz in Weißwasser

Organisiert durch die Bundestagsfraktion der LINKEN. Die beiden Vorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch werden diese Veranstaltung eröffnen. Stattfinden wird sie am 28. März, von 11 bis 18 Uhr, vermutlich im Sozio-Kulturellen-Zentrum, Straße der Einheit 20.

Es sind alle recht herzlich eingeladen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen wollen.

Ostermarsch in Cottbus

Am 13. April findet der Ostermarsch in Cottbus statt. Der Kreisvorstand ruft alle Genoss*innen sowie Sympathisant*innen zur Teilnahme auf.

LdN wird über Treffpunkte, Programm und Ablauf beider Veranstaltungen in der Märzausgabe informieren.

Mertsching: Will Kretschmer den Kohle-Kompromiss kündigen? LINKE gegen späteren Kohleausstieg und Entschädigungen

Dörfer der Zukunft bauen - Zuzug lukrativ machen

Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Sprecherin für Umwelt, Nachhaltigkeit und Strukturwandel, erklärt zum vorgestellten Fahrplan für den Braunkohle-Ausstieg:



„Ich bin erleichtert darüber, dass es überhaupt eine Einigung gibt, und hoffe, dass es endlich weitergeht mit dem Strukturstärkungsgesetz und dem Umbau zur umweltfreundlichen Energieversorgung. Die Zwischenüberprüfungen 2026 und 2029 sind für die Hoffnung eines früheren Ausstiegs vorgesehen, nicht um den Kohle-Kompromiss zu brechen, wie Ministerpräsident Kretschmer das offensichtlich bezweckt! Der Kohle-Kompromiss war bereits nur ein Kompromiss, und auch wenn Deutschland ihn vollständig umsetzte, würden wir höchstwahrscheinlich die Ziele des Pariser Klima-Abkommens verfehlen.

Keine Orte mehr abbackern

Damit müssten nach unseren Berechnungen Pödelwitz und Obertitz im Mitteldeutschen Revier sowie Mühlrose in der Lausitz jetzt bleiben. Es wäre auch nicht vermittelbar, dass für einen klimaschädlichen Rohstoff noch Dörfer abgebagert werden. Im jahrelangen Ringen um die Orte sollen diejenigen umsiedeln können, die wollen. Wer bleiben will, soll mit Zuziehenden das Dorf der Zukunft aufbauen können!

Keine Entschädigungen für die Kohleunternehmen

Ich möchte auch daran erinnern, dass der Kohleausstieg vor allem von den betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Kohleunternehmen abhängt und auch früher kommen kann als jegliche politische Vorgaben das vorsehen. Bald wird mit Kohle keine Koh-

le mehr zu machen sein. Wer mit der klimaschädlichen Kohleverbrennung Milliarden Gewinne erzielt – in einem Land, das seit über 20 Jahren den Kohleausstieg diskutiert –, darf übrigens nicht erwarten, auch noch mit Milliarden entschädigt zu werden, wenn der Kohleausstieg kommt. Auch über die von Minister Dulig gerühmte „doppelte Sicherheitsarchitektur“ wird noch zu reden sein: Wir bezweifeln, dass die Gelder für die Wiedernutzbarmachung im Falle einer vorzeitigen Insolvenz zur Verfügung stehen werden und fordern Transparenz in dieser Angelegenheit.

Atomkraft in die Lausitz - keine gute Idee

Und wenn Herr Kretschmer tatsächlich immer noch darüber diskutieren will, ob Deutschland wieder in die Nutzung der Atomkraft einsteigen will, dann sollte er mindestens folgende Fragen beantworten: Wem will er denn die angeblich so modernen Kernkraftwerke vor die Haustür setzen, wem das Atommüll-Endlager? Etwa den Menschen in der Lausitz oder im Südraum Leipzigs? Wo sollen die von ihm herbeigesehnten kerntechnischen Innovationen so schnell herkommen, und wie sollen neue Kernkraftwerke so schnell geplant und gebaut werden, dass sie die Kohlekraftwerke ersetzen könnten? Und wo soll das teure Uran herkommen? Nein: Wir müssen stattdessen dringend an grundlastfähiger Speichertechnologie forschen, die ohne fossile und atomare Brennstoffe auskommt.“

Antje Feiks: Dorfläden, Konsum und Co. eine Zukunft geben – Landesinitiative „Dorfläden in Sachsen“ starten!

Dorfläden sind viel mehr als Einkaufsmöglichkeiten



Foto: Internet

Die Linksfraktion fordert ein Landesprogramm „Dorfläden in Sachsen“. Bürgerschaftliche Eigeninitiative soll langfristig unterstützt werden, um die Nahversorgung zu verbessern. Die Landesregierung soll besser über bestehende Fördermöglichkeiten informieren und zudem einen „Dorfläden-Leitfaden“ für die Gründung, die Einrichtung und den Betrieb von Dorfläden erstellen. Eine „Stabsstelle Nahversorgung in den Dörfern“ soll unterstützend tätig werden, etwa bei der Beantragung und Vergabe von Fördermitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) bzw. der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). Zudem sollen Gründerinnen und Gründer bei der Standortwahl und der Nutzungsüberlassung geeigneter Immobilien Hilfe vom Freistaat und den Kommunen bekommen.

Dazu erklärt Antje Feiks, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für den ländlichen Raum:

„Der Markt versagt in vielen Bereichen – auch bei der Nahversorgung. Nicht einmal die Hälfte der Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben noch ein Lebensmittelgeschäft mit Vollsortiment. Die Zahl der Dorfläden sank von 2010 bis 2017 um rund 47 Prozent, von 32 auf 17. Es gibt nicht

einmal sichere Daten dazu, wie viele Dorfläden Sachsen seit 2014 gefördert hat – das Wirtschaftsministerium gibt sechs über LEADER geförderte Läden an, das Umweltministerium 327.

Klar ist: Wir haben in Sachsen Handlungsbedarf. Bayern, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein helfen bereits Bürgerinnen und Bürgern, die sich vor Ort für die Versorgung engagieren wollen. Dorfläden sind viel mehr als Einkaufsmöglichkeiten: Sie können regionale Wirtschaftskreisläufe stützen, Langzeiterwerbslosen eine Chance bieten oder Stützpunkt sein für die Organisation von Dorffesten und anderweitigen Begegnungen. Viele weitere Möglichkeiten sind denkbar, die sich auf einen solchen Laden stützen und zu seiner Wirtschaftlichkeit beitragen könnten: Vor-Ort-Sprechstunden von Ämtern und Behörden, Gastronomie (Café, Imbiss, Catering), Gesundheits- und Pflegedienste, Frisör, Post-, Paket-, Kopier-, Fax-, Internetdienste, Bankdienste, Bargeldservice, Kinderbetreuung, Jugend-, Seniorentreff, kulturelle Veranstaltungen, Bildung, Kurse aller Art.

Wir erwarten von der Staatsregierung ein breites und entschlossenes Vorgehen anstelle eines mageren Modellprojekts, mit dem die CDU offensichtlich in den Koalitionsverhandlungen weitergehende Forderungen abgewehrt hat.“

Schaper: Entscheidung des Bundestages zur Organspende ist aus meiner Sicht nur ein kleiner Kompromiss

Innerhalb der Parteien unterschiedliche Auffassungen

Zur Entscheidung des Bundestages zur Organspende erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Susanne Schaper:



Susanne Schaper.
Foto: Internet

„Es ist in Ordnung und völlig verständlich, dass es bei einem Thema wie Organspenden auch innerhalb der Parteien unterschiedliche Auffassungen gibt, die mit guten Argumenten gestützt werden können. Als Krankenschwester mit OP-Erfahrung bin ich persönlich eine glühende Befürworterin der Widerspruchsregelung, weil ich weiß, welcher riesiger Bedarf an Spenderorganen besteht und welches Leid ihr Fehlen bei den Betroffenen verursacht. Deshalb kann ich die heutige Entscheidung des Bundestages nur als kleinen Kompromiss werten und hoffen, dass sich das Spendenaufkommen dennoch erhöht.“

2018 waren bundesweit 955 Menschen zur Organspende bereit, während etwa 9.500 Menschen auf der Warteliste von EUROTRANSPLANT standen. Damit gibt es in Deutschland nur 1,2 Spendenwillige pro 100.000 Einwohner.

Im Vergleich dazu gibt es im tiefkatholischen Spanien einen Widerspruchslosigkeit und 46,9 Spendenwillige pro 100.000 Einwohner. Die

Spenderzahlen müssen dringend erhöht werden. Es ist wichtiger denn je, die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren. Zusätzlich muss die Arbeit der Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern gestärkt und auskömmlich finanziert werden. Um Vertrauen zu schaffen, muss verlässlich kontrolliert werden, dass mit den entnommenen Organen gesetzeskonform verfahren und jeglicher Handel ausgeschlossen wird. Weiterhin sollten die Daten von Organspendern zentral erfasst werden. Der Organspende-Ausweis ist bisher die einzige Legitimationsgrundlage für die Krankenhäuser, Organe zu entnehmen. Wenn er zu Hause liegt oder im Notfall erst gesucht werden muss, vergeht wertvolle Zeit.“

Sicherheitslage auf Görlitzer Plätzen auch 2019 entspannt

Die Staatsregierung stellt auf Nachfrage des LINKEN Politikers und MdL Mirko Schultze dar: Die Sicherheitslage auf Görlitzer Plätzen ist deutlich entspannter als es der Öffentlichkeit kundgegeben wird.

So gab es im gesamten Jahr 2019 auf den Görlitzer Plätzen: Obermarkt, Untermarkt, Lutherplatz, Marienplatz, Wilhelmsplatz und Sechsstädteplatz gerade einmal eine angezeigte Ruhestörung. Bei den Sachbeschädigungen zeigt sich eine deutliche Divergenz im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet. So gab es auf den oben genannten Plätzen insgesamt 16 Sachbeschädigungen, im gesamten Stadtgebiet 473.

MdL Schultze dazu: „In der Stadt Görlitz wird im Bestreben aufgerüstet, Verbrechen präventiv zu vermeiden und geschehene Verbrechen



Mirko Schultze.
Foto: Internet

schneller und effektiver aufzuklären. Eine Analyse der Art der Delikte und der Summe auf den Plätzen im Görlitzer Stadtgebiet zeigt hier nur, dass ein Popanz geschaffen wird, um künstlich ein Bild zu erzeugen, welches bei reeller Betrachtung nicht den Tatsachen standhalten kann.“

Außerdem geht aus der Kleinen Anfrage Drs.-Nr.: 7/637 hervor, dass auch in Punkto angezeigte Körperverletzungen eine deutliche Diskrepanz der Angstmacherei zu den tatsächlichen stattgefundenen Delikten besteht.

Stefanie Wendt

Der Kampf gegen weiße Flecken - Projekt „Befragung Kommunale Räte“ gestartet

Die flächendeckende kommunale Verankerung der LINKEN war lange eine ihrer größten Stärken. Der durchaus nicht nur erfolglose Kampf gegen hohe Abfall- oder Wassergebühren, für kostenfreie Kitas oder den Erhalt von Schulen konnte nicht verhindern, dass die Anzahl der linken kommunalen Mandate stetig abnimmt und in immer mehr Orten keine Abgeordneten der LINKEN mehr zur Wahl antreten. Damit verliert die Partei einerseits ihre kommunalen Gesichter für die Bürgerinnen und Bürger und zugleich auch Ansprechpartner vor Ort für die Partei. Andererseits fallen damit für die Landtagsfraktion als auch die Landespartei wichtige inhaltliche Impulse für deren Arbeit weg. Wir kämpfen gegen diese negative Entwicklung seit Jahren.

Ursache oder Wirkung?

Nun brachte der allgemein spürbare gesellschaftliche Rechtstrend im letzten Superwahljahr 2019 noch einmal herbe Verluste. Gerade in unseren „roten Hochburgen“ Weißwasser, Rothenburg oder Niesky sacken wir um rund 9 % ab und halbieren die Mandatsanzahl. Allein im Wahlkreis 57 verlieren wir so 11 Mandate in Gemeinden und weitere 2 Mandate für den Kreistag oder 38 % aller Sitze in kommunalen Vertretungen.

Aber diese Zahlen sagen wenig aus über die verbliebenen Wirkungsmöglichkeiten einer Ortschaftsrätin als

Wahlkreis 57 – Gemeinden	Kommunalwahl 2014			Kommunalwahl 2019			Gewinne/ Verluste	
	%	Abg. w.	Abg. m.	%	Abg. w.	Abg. m.	%	Man- date
Schleife	19,3	2	1	7,8	1	0	-11,5	-2
Groß Düben		0	0		0	0		
Bad Muskau	24,2	1	3	21,1	2	1	-3,1	-1
Gablenz	14,9	1	1	8,0	1	0	-6,9	-1
Trebendorf		0	0		0	0		
Weißwasser	19,0	2	2	10,6	1	1	-8,4	-2
Boxberg	10,9	0	2	10,6	1	1	-0,3	2
Weißkeißel	11,1	1	0	8,6	1	0	-2,5	1
Krauschwitz	12,0	1	0	8,8	1	0	-3,2	1
Rietschen		0	0		0	0		
Hähnichen		0	0		0	0		
Rothenburg	23,3	1	3	13,8	1	1	-9,5	-2
Kreba-Neudorf		0	0		0	0		
Niesky	22,8	0	4	12,8	0	2	-10,0	-2
Horka	7,8	0	1	6,3	0	0	-1,5	-1
Mücka	8,3	0	1	9,8	0	1	+1,5	1
Hohendubrau		0	0		0	0		
Quitzdorf am See	15,0	0	1	10,8	0	1	-4,2	1
Kodersdorf		0	0	6,1	0	1	+6,1	0
Neiße		0	0		0	0		
Waldhufen		0	0		0	0		
Vierkirchen		0	0		0	0		
Schöpstal	8,8	0	1	6,6	0	1	-2,2	1
Gesamt		9	20		9	9		11

Einzelkämpferin oder über den Unterstützungsbedarf eines Stadtrates im kleinteiligen politischen Alltagsgeschäft. Auf der anderen Seite führen die Verluste bei den Landtagswahlen auch zu gravierenden finanziellen Einbußen bei Parteigliederungen und parteinahen Bildungsträgern. Es steht also die Aufgabe, mit weniger Mitteln und weniger (kommunal) politischen Akteuren mindestens eine gleiche, perspektivisch wachsende politische Reichweite zu erzielen. Dafür muss unsere Partei auf allen Ebenen, müssen Landtagsfraktion und linke Kommunalvertretungen ihre Arbeitsweise und Strukturen kritisch hinterfragen.

Aus diesem Grund wurde mit Unterstützung der Vorsitzenden des Kreisverbandes und MdL, Antonia Mertsching, ein Prozess angestoßen, der zunächst im Wahlkreis 57 (Niesky – Weißwasser) untersuchen soll, wie die aktuellen KommunalpolitikerInnen der LINKEN die neue Lage nach den Kommunalwahlen bewerten. Dazu werden auf der Grundlage eines Fragebogens Einzelgespräche geführt. Als Projektverantwortlicher und selbst langjähriger Stadtrat in Niesky will ich die gewonnenen Erkenntnisse aus den Fragebögen verbinden mit einer Teilnahme an jeweils einer Gemeinde- oder Stadtratssitzung, um mir ein persönliches Bild von der Arbeitsweise

und Diskussionskultur in der jeweiligen Volksvertretung zu machen.

Nach Abschluss der ersten Projektphase wird entschieden, inwieweit die aufwändige Befragung auf den gesamten Landkreis ausgeweitet werden sollte. Das Ziel des Projektes besteht darin, zunächst die Abgeordneten persönlich aufzusuchen und damit anzuzeigen, dass wir uns auch nach Wahlen um unsere Räte kümmern und sie unterstützen wollen. Wichtig ist, bereits heute zu erfassen, wo jetzige Abgeordnete u.a. aufgrund des Alters spätestens zur nächsten Wahl ausscheiden werden.

Konkrete Herausforderungen benennen!

Wir wollen weiter wissen, vor welchen konkreten Herausforderungen unsere Räte stehen, welche Materialien sie nutzen, welche Weiterbildung, welche Hilfestellung sie brauchen oder welcher Aktionsradius für sie überhaupt realistisch ist. Wichtig ist auch, daran müssen sich künftig unsere Unterstützungsangebote, u.a. von parteinahen Bildungsträgern, stärker orientieren, wenn wir wieder Zuwächse bei Kommunalwahlen erzielen und keine weiteren „weißen Flecken“ auf der Landkreiskarte zulassen wollen.

Andreas Kagelmann,
Stadtrat Niesky,
Projektverantwortlicher

Das Rettungswesen im Landkreis

Der neue Plan mit 3 neuen Rettungswachen und veränderten Bereitschaftszeiten geht in die richtige Richtung.

Letztlich bleibt aber die Forderung, dass die notwendige Hilfe nicht auf der Grundlage von wirtschaftlichen Erwägungen getroffen werden dürfen. Alle Menschen haben das Recht in lebensrettender Zeit auch Hilfe zu bekommen.

Kosten dürfen dabei weder bei den Kommunen eintreten, wenn ihre Feuerwehren in absoluten Ausnahmefällen zu First Responder (qualifizierten Ersthelfer) Einsätzen für den Rettungsdienst ausrücken, noch dürfen eventuelle Bereitstellungskosten darüber entscheiden, welchen Wert das Leben von

Menschen hat.

Die Erreichung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen muss oberste Priorität haben.

Die Kritik der Bürgermeister ist deshalb nachvollziehbar. Ich wünsche mir aber, dass der sächsische Städte- und Gemeindegtag als ihre Vertretung auf Landesebene deutlich mehr Druck für eine neu gestaltete Architektur des Bevölkerungsschutzes und der Notfallhilfe gegenüber dem Freistaat aufbaut. Der gesamte Freistaat muss sich auf das 21. Jahrhundert einstellen. Flexible Arbeitsplätze, mobile Lebens-

entwürfe und differente Wohnortentscheidungen sind schwer mit rein ehrenamtlichen Strukturen zu vereinbaren.

Das Ehrenamt als Säule von „Retten, Löschen, Bergen, Schützen“ muss durch flankierende Strukturen ergänzt und durch wirkliche Wertschätzung, wie zum Beispiel im Antrag der LINKEN „Freier Fahrt fürs Ehrenamt“ gefordert, endlich wieder einen entsprechenden gesellschaftlichen Stellenwert bekommen.

Mirko Schultze, Vorsitzender
der LINKEN im Kreistag Görlitz

Im Kreistag am 18. Dezember 2019 wurde mit den Stimmen der LINKEN das Rettungswesen im Landkreis verbessert.

So werden mehr Rettungswagen im Landkreis vorhanden sein und damit die gesetzlich vorgeschriebene Frist für Rettungseinsätze, 12 Minuten, eingehalten werden können.

Weiterhin wird es zusätzliche Rettungswachen geben. In Jonsdorf, Schleife, Bad Muskau und Rietschen werden Außenstellen von vorhandenen Rettungswachen ihren Betrieb aufnehmen.

Kreistag am 18. Dezember 2019 berichtet von Jens Hentschel Thöricht

Unchristlich vor Weihnachten

Antrag Fraktion DIE LINKE.: Gedenken aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges am 08.05.2020

„Der Kreistag beauftragt den Landrat, aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges, dieses bedeutende historische Ereignis am 8. Mai 2020 mit einer oder mehreren angemessenen Veranstaltungen zu würdigen.“

Petra Ebert, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag, begründete den Antrag:

„Der 8. Mai 1945 ist als „Tag der Befreiung“ in mehreren europäischen Ländern ein Gedenktag, an dem der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa gedacht wird.

An seinem 75. Jahrestag soll auch im Landkreis Görlitz das Gedenken an die Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, von Völkermord und vom Grauen des Krieges in offizieller Form durch eine Würdigung der Befreier und im Gedenken an die Opfer geschehen. Es soll an die Millionen Menschen -

darunter auch Menschen, die im heutigen Gebiet des Landkreises Görlitz lebten - erinnern, die ihr Leben für die Befreiung der Völker Europas vom Faschismus eingesetzt und verloren haben. Mit dieser Mahnung soll die humanistische Forderung nach Toleranz und Frieden in der gesamten Welt nachdrücklich unterstrichen werden.

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Faschismus. Auch die Bundeskanzlerin Frau Merkel antwortete im Jahr 2010 der Süddeutschen Zeitung auf die Frage: „Frau Bundeskanzlerin, was bedeutet der 8. Mai 1945 für Sie?“ Zitat Angela Merkel: „Das Ende eines schrecklichen Krieges. Das Ende von millionenfachem Mord, des Holocaust. Damit ist der 8. Mai der Tag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Nationalsozialismus.“

Wir sollten uns über Parteigrenzen hinweg einig sein, dass der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in der Erinnerung wachgehalten werden muss. Es geht um die Verantwortung der Nachkriegsgenerationen und diese wird umso größer, je weiter weg das Ereignis rückt und je kleiner die Generation derer wird, die den Krieg noch selbst erlebt haben. Lassen Sie

uns an diejenigen denken, die mit ihrem Opfer, mit ihrem Kampf es erst möglich machten, dass wir alle hier sitzen können.

Dass wir nicht mit gestrecktem Arm Verbrechern zujubeln müssen oder in Lagern auf unsere Ermordung warten. Der Dank an die Befreier Europas - an Amerikaner, Franzosen, Engländer, Sowjetbürger, Polen, Tschechen und viele andere - sollte über Parteigrenzen eine Selbstverständlichkeit sein.“

Unser Antrag wurde durch CDU, Freie Bürger und AfD abgelehnt bzw. sich der Stimme enthalten. Dafür stimmte die Fraktion Bündnisgrüne, SPD, KJiK und DIE LINKE. Der Antrag wurde mit 18 Ja, 43 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen abgelehnt.

Die Resolution zur Unterstützung der Initiative „Seebrücke“, wie im Wortlaut in der Dezemberausgabe veröffentlicht, reichte die Linksfraktion im Kreistag ein.

Mirko Schultze, Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Görlitz, nannte in seinem Redebeitrag die Resolution ein wichtiges Zeichen, welches der Landkreis damit setzen kann.

An die Worte des Münchner Kardinal Reinhard Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, erinnerte Jens Hentschel-Thöricht:

„Die Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, sind Christus“, sagte der Münchner Kardinal Reinhard Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Christus identifiziere sich ‚mit jedem, der Opfer wird‘. Dass Menschen an der Grenze Europas weiterhin zu Tode kämen, sei ein ‚Skandal‘. Ein Gemeinwesen, das sich auf christliche Traditionen berufe, dürfe das nicht hinnehmen, sagte Marx unter dem Applaus der Gottesdienstbesucher. Zudem dürfe niemand in ein Land zurückgeschickt werden, in dem Tod, Unglück oder Vergewaltigung drohe. Dies seien Prüfsteine für eine Gesellschaft, die sich nach christlichen Werten ausrichte.“

Der Antrag wurde mit 9 Ja, 41-Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen abgelehnt. Wie deutliche wird, haben neben CDU, AfD und Freie Bürger selbst Mitglieder der Bündnisgrünen und SPD den Antrag abgelehnt – wir sagen deutlich: shame on you – schämt Euch!

Görlitz soll sich dem Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen anschließen

Die Linksfraktion der Stadt Görlitz hat auf Initiative einer heute in Dresden lebenden, gebürtigen Görlitzerin, den Antrag im Stadtrat gestellt, dass die Stadt sich dem Städteappell der Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) anschließt. Gerade heute ist die Forderung nach der Abschaffung von Atomwaffen hochaktuell. Seit Beginn des Krimkonfliktes erleben wir ein zunehmend stärker werdendes Säbelrasseln zwischen zwei Atomwaffenmächten. Unsere Region ist davon direkt betroffen, da viele NATO-Konvois durch die Oberlausitz an die europäische Außengrenzenrollen und dieses Jahr mit dem Großmanöver Defender 2020 der Truppenübungsplatz Oberlausitz für zehntausende NATO-Soldaten als Aufmarschgebiet gegen Russland genutzt werden soll.

Mit der Ermordung des iranischen Generals Soleimani, stehen wir nun vor einer neuen Eskalation. Der Iran hat

als Folge aus dem Angriff, nun auch erklärt, dass sie sich nicht mehr dem Atomabkommen verpflichtet fühlen. Damit steigt massiv das Risiko, dass mit dem Iran eine weitere Nation zur Atomwaffenmacht wird.

Der Landtagsabgeordnete und Stadtrat der LINKEN Mirko Schultze dazu: „Gerade die aktuellen Konflikte, das Säbelrasseln und Existenz von Atomwaffen sind eine gewaltige Bedrohung für die gesamte Menschheit. Gerade deshalb ist es heute notwendig, sich klar zu bekennen. Mit dem Städteappell kann unsere Stadt einem breiten, weltweiten Städtebündnis beitreten, dass für die Abschaffung von Atomwaffen ist und damit auch Druck auf die aktuelle Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags ausüben.

Für uns als Linke ist klar – atomare Abschreckung und Aufrüstung schaffen keinen Frieden, sondern gefährden unser Überleben.“ *M. Fröck*

Viele Pflegebedürftige im Landkreis Görlitz zum Sozialfall

Görlitz: Viele Pflegebedürftige im Landkreis Görlitz werden zum Sozialfall. 2018 gab es im Landkreis insgesamt 920 Empfänger von Hilfe zur Pflege, davon 621 Frauen und 299 Männer, teilte der Sozialpolitiker der LINKEN im Kreistag Görlitz Jens Hentschel-Thöricht aus der Antwort des Landrates auf seine Anfrage mit. Im Vergleich zum Vorjahr sei das ein Anstieg um mehr als 11 Prozent. Im Freistaat stieg der Anteil der Sozialhilfeempfänger um 5 Prozent im Vergleich zu 2017. Diese Situation, im Freistaat und insbesondere im Landkreis Görlitz sei nicht akzeptabel. Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe zur Finanzierung von Pflegeleistungen mache deutlich, dass die Pflegeversicherung als Teilkostenprinzip nicht funktioniert, da viele Betroffene die Pflegekosten nicht finanzieren könnten, betonte Hentschel-Thöricht.

Daran hätten alle bisherigen Pflege-reformen nichts geändert.

Hentschel-Thöricht unterstützt deshalb die Forderung, dass „die Pflegeversicherung, weg vom Zuschussprinzip hin zur Vollversicherung umgebaut werden muss. Die Leistungen müssen sich am individuellen Bedarf orientieren.“ Pflege dürfe nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

Ohne eine gerechte Finanzierungsbasis könne das nicht gelingen: „Beiträge müssen von allen gezahlt werden, auch von privat Versicherten und auch auf weitere Einkommensarten wie etwa Kapitalerträge. Gute Pflege braucht eine solidarische Finanzierung.“, ergänzt die Vorsitzende des Familienausschusses des Bundestages und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion Sabine Zimmermann.

Jens Hentschel-Thöricht

Die große Show war perfekt. Nun muss die große Illusion über eine abgestimmte Vision „Stadt der Zukunft 2030“ in die Realität verwandelt werden.

Wo waren die Visionen wie Görlitz 2030 aussehen soll?

Ein Beitrag von Mathias Fröck zum am 16.01. stattgefundenen Neujahrempfang der Stadt Görlitz in der neu gebauten Turnhalle Hugo-Keller-Straße und den dort präsentierten Projekten erklärt DIE LINKE. Görlitz

Ein gut gewählter Ort und eine Methode die zwar nicht neu, aber immer noch wirksam ist: Wenn die Herausforderungen der Gegenwart schier unüberwindlich scheinen, dann zeichne ich die Zukunft in den leuchtenden Farben und vertraue darauf, dass der Wunsch, es möge besser werden, immer den Blick für die Realität stellt. Es ist richtig und wichtig, dass der Oberbürgermeister eine Zukunft für Görlitz beschreibt.

Drei Zukunftsprojekte

Zu seinem Glück gab es auch drei Projekte, welche es wert waren, Zukunftsprojekte genannt zu werden, nur kommen sie alle samt nicht aus der Feder der Stadt oder ihrer Unternehmen. Die emissionsfreie Strom- und Wärmeversorgung der gesamten Europastadt, die Ankündigung einer Megaproduktion in der Filmstadt Görlitz und der Ausbau des SIEMENS Standortes sind ein Glücksfall für Görlitz. Diese Vorhaben bedürfen auch in vollem Maße der Unterstützung der Verwaltung und der politischen Akteur*innen.

Die Stahlkraft dieser Projekte reicht aber nicht aus, um die Fantasielosigkeit der kommunalen Projekte lange zu überblenden. Die Projekte Ausbildung am Klinikum, Anschaffung neuer Straßenbahnen, Schaffung von Parkraum in der Innenstadt und Bau einer Autobrücke über die Neiße – sie alle sind entweder schon am Entstehen oder im Gespräch – und wären in absehbarer Zukunft auf die ein oder andere Machart sowieso entstanden.

Straßenbahnen, die sowieso kommen müssen und nun umweltfreundlich, innovativ und modern sein sollen – ja was sonst!? Der Ausbau der Ausbildung von Pflegepersonal – eine Zielstellung, die bereits der Kreistag mit dem Ausbildungsverbund in welchem das Klinikum eingebunden ist, beabsichtigte. Eine Tiefgarage unter dem Wilhelmsplatz, welche aus der Mottenkiste der 90iger ausgegraben worden ist und nach oberer Berliner Straße und Postplatz erneut auf die autofreundliche Stadt und nicht auf ein modernes Verkehrskonzept setzt. Eine Brücke,



Archivbild

cke, die dringend notwendig wäre, aber eben in keinem Fall im Rathaus Görlitz beschlossen werden kann, weil die Neiße eben nicht nur ein Fluss, sondern eine Staatsgrenze ist.

Das Dilemma der Stadt

Der schon fast halbherzige Dank an die vielen ehrenamtlichen Menschen, welche dann auch nur zum Teil benannt wurden, offenbart das Dilemma: Die Stadt hat unglaublich Potenzial, hat Partnerinnen und Partner, die mit ihr Zukunft schreiben wollen, und so einen unschätzbaren Vorteil gegenüber so vielen Orten im Strukturwandelgebiet – allein die Verwaltung bleibt weiter im Verwalten und Alt-hergebrachten hängen.

Mirko Schultze dazu: „Dass der Oberbürgermeister die Herausforderungen des Jahres 2020 nicht benennt, war bei

der Themen- setzung zu erwarten, dass aber nur die Stadtwerke, eine Filmproduktion und Siemens dem Anspruch Zukunftsstadt gerecht werden, hat mich enttäuscht. Wo waren die Visionen wie Görlitz 2030 aussehen soll, wie wir leben werden, wie sich die Stadtteile, die Innenstadt, die Kultur, der Tourismus entwickeln



Mirko Schultze.

Foto: D. Lohann

sollen und was Stadtrat und Verwaltung dafür für Rahmenbedingungen setzen müssen. Die Stadt des 21. Jahrhunderts ist keine Autostadt mehr und sie braucht mehr die Menschen in ihr nicht mehr Regenerationsmasse für den kommenden Arbeitstag. Die Stadt der 21. Jahrhunderts ist eine Stadt als Lebens- und Wirkungsraum. Eine Stadt die von ihren Bürgern*innen gestaltet wird und die vielschichtig aufgestellt ist. Insoweit irrt sich der OBM, wenn er glaubt Brücken und Tiefgaragen wären visionäre Stadtpolitik. Nach wenigen Wochen wird deutlich werden, es waren in Geschenke eingepackte Standartlösungen ohne wirkliche Strahlkraft. Die Illusion war perfekt und dank Siemens, Film und Stadtwerke dennoch ein zuversichtlicher Abend.“

Jana Lübeck dazu: „Die vorgestellten Projekte zeigen, dass der OB und auch der CDU Ministerpräsident auf Nummer sicher gehen wollen, um möglichst wenig Risiko einzugehen und vor allem fantasielose Vorschläge zu liefern, die sich als leicht vorstellbar und umsetzbar darstellen lassen. Dabei gibt es hier und jetzt Herausforderungen zu lösen, die das Mitwirken der Stadtgesellschaft voraussetzen, die, wenn wir sie nicht heute angehen, die Zukunft düster aussehen lassen. Dafür braucht es Mut – sich den Gedanken und Vorschlägen der Görlitzer*innen zu stellen. Mir fehlten vor allem innovative Vorschläge zur Stadt-

entwicklung im Bereich Soziales und Kultur. Görlitz ist reich an sozialen und kulturellen Einrichtungen, die Stadt lebt von Vielfalt und Begegnung auf kurzen Wegen und im öffentlichen Raum. Doch dies ist nicht selbstverständlich unter heutigen politischen Bedingungen. Es gilt den

rechten und nationalistischen Bestrebungen etwas entgegenzustellen. Der Erhalt und die Sanierung des Theaters – für mich in 2030 abgeschlossen und die Arbeits- sowie vor allem Ausbildungsplätze des GHT gesichert! Das soziokulturelle Zentrum als florierender Ort für Begegnung zwischen allen Generationen mit fertig sanierten Hallen auf dem gesamten Gelände, die als

Kreativquartier und Veranstaltungsorte als Teil dessen sind, was SIEMENS Innovation Campus nennt. Görlitz als



Jana Lübeck

Foto: D. Lohann

Stadt für Ausbildung mit einer trinationalen Hochschule ist Zentrum in der Dreiländerregion und verbindet sich mit Zittau durch eine Stadtbahn. Sanierte und modernisierte Schulen und Kitas, die es ermöglichen inklusiv und barrierefrei Kinder betreuen und lernen zu lassen. Eine Straßenbahn von Kodersdorf, Klingewald zum Berzdorfer See und bis nach Zgorzelec – all das sind Vorhaben für die „Stadt der Zukunft“ – denn sie haben das Potential der Region und ihrer Menschen im Fokus – nicht nur wirtschaftliche Interessen!“

Zittau: Gedenken aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges am 8. Mai 2020

Linksfraktion Zittau stellt Antrag zu historischem Ereignis

Ein Beitrag von Jens Hentschel-Thöricht, Vorsitzender der Stadtratsfraktion

„Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges, für dieses bedeutende historische Ereignis am 8. Mai 2020 eine angemessene öffentliche Gedenkveranstaltung unter Einbeziehung von Vertretern der Partnerstädte Bogatynia (PL) und Hradec nad Nisou (CZ) sowie nach Möglichkeit der Kirchengemeinden zu organisieren.“

Dieser Antrag wurde von der Linksfraktion im Stadtrat Zittau in Abstimmung mit Oberbürgermeister Thomas Zenker eingereicht und wird in der Januarsitzung des Stadtrates behandelt. Jens Hentschel-Thöricht, Vorsitzender der Linksfraktion im Zittauer Stadtrat



begründet den Antrag:

Der 8. Mai 1945 ist als „Tag der Befreiung“ in mehreren europäischen Ländern ein Gedenktag, an dem der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und damit des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa gedacht wird.

An seinem 75. Jahrestag soll auch in Zittau das Gedenken an die Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft,

von Völkermord und vom Grauen des Krieges in offizieller Form geschehen. Es soll an die Millionen Menschen - darunter auch Zittauerinnen und

Zittauer - erinnern, die ihr Leben für die Befreiung der Völker Europas vom Faschismus eingesetzt und verloren haben. Mit dieser Mahnung soll die humanistische Forderung nach Toleranz und Frieden in der gesamten Welt nachdrücklich unterstrichen werden.

Wir sollten uns über Parteigrenzen hinweg einig sein, dass der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in der Erinnerung wachgehalten werden

muss. Es geht um die Verantwortung der Nachkriegsgenerationen und diese wird umso größer, je weiter weg das Ereignis rückt und je kleiner die Generation derer wird, die den Krieg noch selbst erlebt haben. Lassen Sie uns an diejenigen denken, die mit ihrem Opfer, mit ihrem Kampf es erst möglich machten, dass wir alle hier sitzen können.

Dass wir nicht mit gestrecktem Arm Verbrechern zujubeln müssen oder in Lagern auf unsere Ermordung warten. Der Dank an die Befreier Europas - an Amerikaner, Franzosen, Engländer, Sowjetbürger, Polen, Tschechen und viele andere - sollte über Parteigrenzen eine Selbstverständlichkeit sein.

Information in Wort und Bild

Kurzfristig erreichte uns Mitglieder der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ ein Aufruf zu einer Kundgebung am 11. Januar um 11 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin.

Darin heißt es:

„Kein Krieg zwischen den USA und dem Iran!“

Nach dem Mord an dem iranischen General Soleimani droht der Konflikt zwischen den USA und dem Iran endgültig zu eskalieren – beide Seiten drohen einander unverhohlen mit Angriffen. Ein Krieg zwischen beiden Staaten hätte abertausende Tote zur Folge, wäre eine ökologische Katastrophe und würde die ganze Region weiter ins Chaos stürzen. Wir fordern alle Seiten, insbesondere die USA zu Deeskalation, Diplomatie und zur Einhaltung des Völkerrechts auf! Sowohl verbal als auch militärisch muss abgerüstet werden. Von der Bundesregierung fordern wir diplomatischen Einsatz zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien und – im Falle eines Krieges – eine Verweigerung der Unterstützung für einen US-Militäreinsatz.

Wir stehen weder auf Seite der US-Regierung noch auf der, der iranischen Machthaber – wir stehen auf der Seite der Bevölkerung in der Region und auf der Seite des Friedens. Wir fordern eine gewaltfreie und zivile Konfliktlösung“

Wir fuhren nach Berlin. Es nahmen mehrere Mitglieder von „Aufstehen“ Görlitz-Zittau an der Kundgebung teil.

Zwei erlebnisreiche Tage in Berlin



Foto: Gabi Eichner

Zirka 200 Menschen waren gekommen. Es gab verschiedene Redebeiträge. Einer der Redner war Dr. med. Alexander Rosen Leiter der Kindernotaufnahme der Charité in Berlin und Vorsitzender IPPNW (Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.).

Da am nächsten Tag, dem 12. Januar, wie jedes Jahr eine Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde anlässlich des 101. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stattfand, nahmen wir auch daran teil. Anwesend waren die beiden Parteivorsitzenden der LINKEN und die neu gewählten Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag.

Mit dabei waren auch Hans Modrow als Vorsitzender des Ältestenrats und Egon Krenz. Leider nicht gesehen

haben wir Gregor Gysi, Bodo Rammelow, Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht. Eingeladen zum „Stillen Gedenken“ hatte der Bundesausschuss der Partei DIE LINKE, der Vorstand der Partei der Europäischen Linken, die Fraktion DIE LIN-

KE. im Deutschen Bundestag, die Delegation der Partei DIE LINKE im Europäischen Parlament, der Landesvorstand Berlin und die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Wir nutzten die Gelegenheit zu interessanten Gesprächen mit Egon Krenz und Hans Modrow, auch mit Katja Kipping.

Im Anschluss ging es schnellen Schrittes zu der alljährlichen LL-Demo, die auch wie jedes Jahr am Frankfurter Tor zum Friedhof startete. Erwartet wurden wir von mehreren Tausend Menschen und einem riesigen Polizeiaufgebot. Auch ein paar Fahnen der LINKEN waren zu sehen, obwohl die Parteispitze nicht zu dieser Demonstration aufgerufen hatte. Umso mehr gab es roten Fahnen anderer kommunistischer Parteien und anderer linker Organisationen. Vor allen sah man besonders viele Banner und Fahnen der

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Nach einer kurzen Verschnaufpause ging es dann in das Kino Kosmos in Berlin. Auf Einladung einer Bundestagsabgeordneten konnten wir an der Auftaktveranstaltung der Linksfraktion im Bundestag für 2020 unter dem Titel: „Für einen starken Sozialstaat und konsequente Abrüstung“

teilnehmen. Redner waren Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch, Petra Pau, Jan Korte, Gesine Löttsch, Fabio De Masi, Sahra Wagenknecht, Diether Dehm, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Wolfgang Schorlau, ein deutscher Schriftsteller und Autor politischer Kriminalromane, in denen er Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen übt. (Von ihm stammt auch die Krimireihe „Dengler“.) Musikalisch wurde die Veranstaltung von der Gruppe Karussell mit ihren bekanntesten Titel umrahmt. Einen Wehrmutstropfen gab es. In keiner einzigen Rede wurde die geplanten Aktionen gegen den NATO-Aufmarsch, „Defender 2020“ erwähnt. Zum Abschluss konnten wir Gespräche unter anderen mit Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht führen. Eine sonst rundum gelungene Veranstaltung bzw. zwei erlebnisreiche Tage.

Gabriele und Matthias Eichner

Anlässlich des Gedenkens an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Weißwasser

Wieviel „links“ wurde in der Geschichte schon zerstört?



Anlässlich des 101. Jahrestags der Ermordung unseres Genossen Karl Liebknecht und unserer Genossin Rosa Luxemburg haben wir uns am 15. Januar in Weißwasser versammelt und der beiden Revolutionäre gedacht.

Obwohl ich diejenige bin, die über die beiden wohl am wenigsten weiß – weder in meiner Schulzeit, noch in meinem Studium der Politikwissenschaften sind diese beiden Namen gefallen – durfte ich ein paar Worte sagen über Rosa Luxemburg. Die Frau, die wir als Ökonomin, als Politiktheoretikerin, Lehrerin, Genossin, Rebellin und Märtyterin kennen. Und natürlich als Revolutionärin!

Personenkult war mir immer sehr fremd – ich habe mich eher mit Ideen und Strömungen beschäftigt. Doch je mehr ich über Rosa Luxemburg erfahre, desto sympathischer wird mir die Frau. Vor allem, weil sie auch eine Katzenliebhaberin war.

Zum Wesenskern der LINKEN gehört es, für andere Strukturen zu kämpfen; Strukturen, die die gleichen Rechte für alle garantieren, Chancen, sich zu entfalten, die größtmögliche Freiheit zu leben. Und dieser Kampf lebt von den vielen Menschen, die ihn ausfechten. Oft wird gesagt: jeder Mensch ist ersetzbar. Das mag für die Funktion oder Rolle stimmen, die Menschen ausüben – aber nicht für die Persönlichkeit oder für die Fähigkeiten. Und vor allem nicht in der Art und Weise wie uns Menschen inspirieren, ermutigen oder bewegen..

Der Tod ist dann ein enormer Verlust! Nicht nur, weil die Menschen selbst nicht mehr da sind, sondern weil ihr Einfluss auf die Welt und andere Menschen fehlt.

Als ich mal mit einem Freund in Argentinien über die 30.000 Verschwundenen der Diktatur der 1970er/1980er Jahre sprach, da sagte er mir, dass das Verschwinden dieser Menschen nicht nur ein Verlust an Freunden, Eltern oder Verwandten war, sondern auch ein gesellschaftlicher Verlust an linken Ideen, Netzwerken, Fähigkeiten, Erfahrungen, an linkem Wissen und vor allem: an Haltung. Diese Feststellung lässt mich seitdem nicht mehr los.

Und so stehen auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in besonderer Weise für den Verlust von linkem Kampf und linker Ideen. Ich frage mich oft, wie viel „links“ in der Geschichte schon zerstört worden ist? Von Menschen, von Systemen, von Gesellschaften. Und sogar nicht nur von rechts, von konservativen bis faschistoiden Kräften, sondern auch durch linke Bewegungen selbst, die pervertiert sind.

Seitdem hängen wir in der gesellschaftlichen Entwicklung auch irgendwie in der Luft. Zumindest hier im Osten. Der Sozialismus wurde abgeschafft, der Anschluss an den Westen nicht erreicht. Und der Kapitalismus zerstört sowieso eifrig weiter unsere Lebensgrundlagen.

Mir ist dieser Tag ein Anlass zur Hoffnung:

Mögen die Ideen und die Ideale von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht uns beim Aufbau eines demokratischen Sozialismus behilflich sein! Möge ihr unermüdlicher Einsatz für eine gerechtere Welt auch uns Ansporn sein, diese Gesellschaft kontinuierlich zu einer besseren weiterzuentwickeln!

Kreisvorstand arbeitsfähig

Nachdem sich der Kreisvorstand am 13.12.2019 konstituierte fand am 11. Januar eine erste Klausur statt.

Einleitend wurde eine Einschätzung der Lage im Kreisverband vorgenommen. Aktuell hat der Kreisverband 565 Mitglieder, von denen ein Drittel der Mitglieder unter 70 Jahre sind. Die Situation ist also bedenklich. Es wird eine der Hauptziele sein, diese Situation zu verbessern.

Notwendige Veränderungen der Arbeitsstruktur müssen angegangen werden. Es gilt die Außenwirkung zu verbessern, die LINKE muss deutlich sichtbarer werden; Themen und Tätigkeiten müssen auf Schwerpunkte konzentriert werden; aktive Basisgruppen sollen durch den Vorstand begleitet werden.

Dabei müssen die Basisorganisation ein hohes Maß an Eigenaktivitäten entwickeln. Die vorhandenen Möglichkeiten die Sichtbarkeit der Partei müssen stärker genutzt werden – Stichworte: Infoveranstaltungen mit Fraktionen und Basis auch außerhalb der Geschäftsstellen.

Im Jahresplan ist festgelegt, dass monatliche Vorstandssitzungen am 1. Donnerstag ab 18 Uhr stattfinden. Zur Absicherung der Möglichkeit der ÖPNV- Nutzung ist das Ende auf 20 Uhr festgelegt. Auch das ist eine Herausforderung.

Am 20.06. und am 7.11. finden unsere Kreisparteitage statt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die



Frage: „Wie weiter mit der LdN – unsere Kleinzeitung besteht seit Januar 2010 als Nachfolger der Lausitzer Blätter, die der damalige Regionalverband verantwortete. Die Entscheidung „des wie weiter“ liegt in der Hand von uns – wichtig ist dabei jeder Fragebogen, den die Redaktion erreicht. Der Kreisvorstand beschloss die Auflage zu verringern und empfiehlt eine Spende von 1,50 Euro/Monat.

Nicht näher eingehen möchte ich auf die Beratung der beschlossenen Geschäfts-, Finanz-, Kassen- und Reiseordnung.

Zur Arbeitsfähigkeit gehört natürlich eine klare Aufgabenverteilung. Auch dies erfolgte auf der Klausur. Jedes Vorstandsmitglied ist mit einem Schwerpunkt betraut. Diese ist auf der Internetseite des KV zu lesen. Deshalb an alle: Das Internet muss neben der Information auf Papier stärker genutzt werden. Die Aktualität ist sicherzustellen.

Es bleibt nur zu wünschen: Lasst den Vorstand nicht allein, jeder kann sich einbringen, jeder Hinweis, jeder Vorschlag ist wichtig.

Pressemitteilung des Kreisvorstandes

Mit Blick auf die anstehenden Kriegsmanöver „US Defender Europe 2020“ spricht sich der Kreisverband DIE LINKE.Görlitz gegen weiteres NATO-Großmachtgehabe und Provokationen gegenüber Russland aus und lehnt die Nutzung des Truppenübungsplatzes Oberlausitz als militärische Raststätte ab.

„Wir begehen in diesem Jahr den 75. Jahrestag der Befreiung durch die Sowjetarmee und die Alliierten von Krieg und Faschismus. Ausgerechnet zu diesen Feierlichkeiten des Friedens in Europa sollen Panzer und 37.000 Soldaten und Soldatinnen durch Europa transportiert und der Konfliktfall mit Russland geprobt werden. Dies empfinde ich nicht nur als geschmacklos, sondern auch als Ressourcenverschwendung angesichts eines falschen Feindbilds“, kommentiert Antonia Mertsching, Kreisvorsitzende DIE LINKE.Görlitz.

„Wir wollen ein deutliches Zeichen GEGEN die Rückkehr zu kaltem Krieg und Machtdemonstrationen gegen Russland und FÜR Deeskalation und eine neue europäische Sicherheitspolitik setzen. Das ist am wirksamsten, wenn alle Kräfte, die sich für Frieden und Abrüstung einsetzen, geschlossen auftreten,“ ergänzt Antonia Mertsching.

Aktionskonferenz LEIPZIG 26.01. gegen das Kriegsmanöver „US Defender Europe 2020“

Eine wirkliche Kraft liegt im gemeinsamen Handeln VIELER unterschiedlicher Organisationen !

Ein Beitrag von Heike Krahl, Sprecherin der AG „Frieden“ des Kreisverbandes

Die 2. Aktionskonferenz zum Widerstand gegen DEFENDER 2020 fand am 26.01.2020 in Leipzig statt. Ungefähr 120 Menschen, die aktiv etwas für Frieden und gegen Defender 2020 tun wollen und Vertreter von Gruppen, Organisationen, DIE LINKE, Aufstehen, attac und Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) sind, kamen von der Oder /Neiße bis nach Bischofferode, von Rostock bis Chemnitz und darüber hinaus.

Was ALLE eint, war das Engagement gegen dieses NATO/US-Manöver und die Sorge um den Frieden. Das Bestimmende an dieser Konferenz war der Wille, sich einzubringen, zu engagieren gegen diesen militärischen Irrsinn und für eine friedliche das Miteinander bestimmende Welt. Da waren die vielen Vorschläge und schon geplanten Aktivitäten und Aktionen schon bemerkenswert. Fest eingeplant von den Netzwerkern ist die Friedenskonferenz in Weißwasser am 28. März.



Gruppenfoto.

ZWEI Schwerpunkte der Organisation / Vorbereitung von Aktivitäten wurden festgelegt

Zum **Einen** ist es der „Tag der Begegnung“ in **Torgau** vom 24. bis 26. 04.2020.

Besonders am **25. April** soll gemeinsam als zentrale Aktion darauf aufmerksam gemacht werden, dass die einstigen Verbündeten im Kampf gegen das faschistische Deutschland sich heute auf Grund der aggressiven

Foto: H. Krahl

Konfrontationspolitik der USA und NATO als potentielle Kriegsgegner gegenüber stehen und Defender 2020 nicht zur Entspannung beiträgt. Hier sollten alle Verbände die Veranstaltung besuchen und dazu möglichst **Busse** organisieren.

Der **zweite** Eckpunkt wäre der 03. oder 04. April. An diesem Tag sollen bundesweit Aktionen die noch überlegt werden, durchgeführt werden.

Ein wichtiger Bestandteil des Protestes sind die **Ostermärsche für uns also der 13. April 14:00 Uhr** in Cottbus. Auch wurden in Leipzig noch Arbeitsgruppen gebildet zu Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation sowie Erarbeitung von Flyern bzw. Infoplattformen, worüber es sicher noch genauere Informationen gibt. Eine gelungene Veranstaltung, die zeigt, wieviele gegen das Säbelrasseln und das Großmachtgehabe aktiv sein wollen

Aus einer Erklärung von Lagergemeinschaften, Komitees und Interessenverbänden ehemaliger Häftlinge zum 75. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager

Vermächtnis bewahren und weitertragen in Gegenwart und Zukunft

„Vor 75 Jahren wurden die Häftlinge der Konzentrationslager durch Angehörige der sowjetischen, amerikanischen, britischen, französischen und polnischen Streitkräfte befreit.

Nach ihrer Befreiung haben die ehemaligen Häftlinge Interessenverbände aufgebaut und deren Arbeit jahrzehntelang maßgeblich mitgestaltet. Sie haben sich in den zurückliegenden 75 Jahren immer wieder getreu dem Schwur von Buchenwald dafür engagiert, eine Wiederkehr des Nazismus und seiner unmenschlichen Verbrechen zu verhindern. In ihrem Vermächtnis „Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen“ vom 25. Januar 2009 erklärten KZ-Überlebende, die die internationalen Komitees von neun Lagern vertraten: „Unsere Reihen lichten sich. In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene, treten Menschen an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen: Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft, sie



setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden. Für diese Arbeit benötigen sie die Unterstützung von Staat und Gesellschaft. ... Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen. ...“ Wir, die Hinterbliebenen und An-

gehörigen der ehemaligen Häftlinge, die Freundinnen und Freunde, die Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sowie alle bei uns Engagierten, zusammengeschlossen in den vielfältigen Interessengruppen, Komitees, Lagerarbeitsgemeinschaften, Lagergemeinschaften, Verfolgtenverbänden, Initiativgruppen und Freundeskreisen, erklären aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager, dass wir dieses Erbe bereits vor vielen Jahren angetreten haben.“

I Für uns sind Gedenkstätten die authentischen Plätze, wichtige Orte des Gedenkens, Erinnerns und der Mahnung. Sie sind ein integraler Bestandteil der politischen und historischen Bildungsarbeit. Diese Orte dienen der Bewusstseins- und Demokratiebildung. Deshalb müssen diese Orte, die auch

internationale Friedhöfe sind, für die Zukunft erhalten und für ihre Arbeit finanziell ausreichend ausgestattet werden.

II Wir sind davon überzeugt, dass die Gedenk- und Erinnerungsarbeit ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag ist. Es darf nicht die alleinige Aufgabe von Historikern und Politikern sein, über das Vermächtnis unserer Großeltern, Eltern, unserer Freundinnen und Freunde zu bestimmen. Vielmehr sind es die Nachkommen der Verfolgten des NS-Regimes sowie die Angehörigen der nachfolgenden Generationen, die sich seit vielen Jahrzehnten in den Verbänden engagieren und authentische Erfahrungen der Überlebenden in die Erinnerungsarbeit einbringen.

III In den zurückliegenden Jahren wurden in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Projekte zur Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Bezug auf die Verbrechen des NS-Regimes initiiert.

(Fortsetzung auf Seite 12)

(Fortsetzung von Seite 11)

Vermächtnis bewahren und weitertragen in Gegenwart und Zukunft

Viele Schülerinnen und Schüler haben sich, zum Beispiel im Rahmen ihrer Projektwochen, mit der Geschichte ihres Ortes im Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Diese Entwicklung gilt es zu verstetigen und auszubauen. Daher regen wir an, dass in jedem Bundesland an einer pädagogischen Hochschule ein Lehrstuhl für „Methodik und Didaktik der Erinnerungskultur“ eingerichtet wird, um die Entstehung der Erinnerungskultur an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten, sie für die Zukunft nachhaltig zu

gestalten und die Gedenkstätten, die Schulen sowie die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung mit universitärer Forschung und Weiterbildung zu unterstützen.

IV Mit großer Sorge betrachten wir das Erstarken und Etablieren nationalistischer, populistischer und neofaschistischer Kräfte in Deutschland, Europa und in der Welt. Diese Entwicklung begreifen wir als Angriff auf die Demokratie.

Der Grundstock für ein friedliches, solidarisches Europa wurde in den Baracken der deutschen Konzentrati-

onslager gelegt. Dort waren bis zu ihrer Befreiung im Jahr 1945 Menschen aus europäischen und außereuropäischen Staaten unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Gemeinsam schworen sie, auf der Grundlage der Menschenrechte für eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Völkerverständigung einzutreten.

Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um das Vermächtnis unserer Eltern und Großeltern, unserer Freundinnen und Freunde, unserer Kameradinnen und Kameraden, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und

in die Zukunft weiter zutragen.

Wir werden gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Häftlings-, Opfer- und Verfolgtenverbände, den jüdischen Gemeinden, der Sinti und Roma, den Zeugen Jehovas, der Schwulen- und Lesbenverbände, der „Euthanasie“-Geschädigten, die seit vielen Jahrzehnten andauernde Arbeit fortsetzen.

Die zentrale Forderung der ehemaligen Häftlinge der Konzentrationslager tragen wir weiter:

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! 27. Januar 2020

Zittau, Löbau, Görlitz und Weißwasser: DIE LINKE. Kreisverband Görlitz gedenkt dem 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.

Max Mannheimer

Die Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 ist der Anlass für den internationalen Gedenktag der Opfer des Holocaust sowie des nationalen Gedenktages an die Opfer des Faschismus. Mit der Befreiung war das Leid vieler Gefangener jedoch noch nicht zu Ende, denn viele wurden noch vorher auf Todesmärsche Richtung Westen geschickt. Wer zu schwach war, wurde einfach erschossen.



Sebastian Schwalbe, stellvertretender Kreisvorsitzender und MdL, Mirko Schultze gedachten in Görlitz wurde der Opfer mit einer bewegenden Aktion gedacht, indem der Schwur von Buchenwald an den Reichturm gebeamt und gleichzeitig von den Genossen des Ortsverbands vorgelesen wurde.

In Zittau erinnerte Jens Hentschel-Thöricht an die grausamen Ereignisse: "Von Hirschfelde kommend, zogen Kolonnen des Grauens und des unbeschreibbaren Elends durch die Stadt Zittau. Tausende in Lumpen gehüllt, Skeletten gleichend, KZ Häftlinge."

Weißwasser: Die stellvertretende Landesvorsitzende Kathrin Kagelmann und die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Antonia Mertsching, gedachten den Opfern des Nationalsozialismus. Eine Gymnasiastin las aus den Augenzeugenberichten einer Frau, die zu diesem Marsch gezwungen wurde.



Zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust und Nationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar versammelten sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt Löbau - darunter Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasium - am Gedenkstein auf dem „Wettiner Platz“. Oberbürgermeister Dietmar Buchholz erinnerte in seiner Rede daran, dass auch 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz die Erinnerung an diesen dunklen Teil der deutschen Geschichte wachgehalten werden muss. „Wir wollen Lehren ziehen, die auch die künftigen Generationen als Orientierung verstehen“, so Oberbürgermeister Buchholz.

Kein Krieg

Songtext der Gruppe Pur von 1991

Kinderhände malen Bomben auf ein Blatt Papier
Und ein rotes Fragezeichen, keiner kann doch was dafür.
Die Guten und die Bösen, die Rollen sind verteilt,
Das Drehbuch hält mit Sicherheit kein Happy-End bereit.
Das Fadenkreuz im Bildschirm und dann ein heller Knall.
Nur streng geschminkte Ahnungen vom wirklichen Verfall.
Das Meer schlägt hohe Flammen
Und schwarze Wolken ziehen,
und mehr als sonst sieht man die Leute leise betend knien.

*Kein Krieg ist heilig,
kein Krieg ist gerecht,
im Teufelskreis der Waffen wird gestorben und gerächt.
Kein Krieg ist edel,
kein Krieg lebt von Mut,
er ist unvorstellbar grausam
und auch für die sogenannten Sieger nur zum Verlieren gut.*

Unschuld ölverklebter Federn,
die Welt verliert die Schlacht,
bis nicht mal mehr Profitgier
unserm Todeshändlern lacht.
Hass geimpft im Wüstensand,
im Herzen schon das Gift,
bis kein Mensch mehr am Leben bleibt
und dann erst Frieden ist.

*Kein Krieg ist heilig,
kein Krieg ist gerecht,
im Teufelskreis der Waffen wird gestorben und gerächt.
Kein Krieg ist edel,
kein Krieg lebt von Mut,
er ist unvorstellbar grausam
und auch für die sogenannten Sieger zu viel verlorenes Blut.*

Schlimmer als ein Alptraum,
Tote werden nicht mehr wach.
Die Bauern sind zuerst vom Feld
Bei dieser Art von Schach.
Kinderhände malen einen der den Krieg verlor.
Im Radio läuft Brüder,
und ich stell, mir gerade vor

Nie mehr vergossenes Blut,
kein Herz mehr blind.
Stell, Dir vor,
dass Brüder endlich Brüder sind.
Stell, Dir vor:

*Kein Krieg ist heilig,
Kein Krieg ist heilig,
Kein Krieg ist gerecht,
Im Teufelskreis der Waffen wird gestorben und gerächt.
Kein Krieg ist edel,
Kein Krieg lebt von Mut,
Er ist unvorstellbar grausam
Zu viel verlorenes Blut
Kein Krieg ist heilig,
Kein Krieg... Kein Krieg...*

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, die
Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner der Erklärung
bitten um Unterstützung.
Wir wollen mit unserer Position nicht nur an die Öffentlichkeit
gehen; wir wollen zeigen, dass diese von uns vertretene Inhalte
von vielen Menschen mitgetragen werden.
Bitte zeichnet unsere Erklärung. Im Namen der Erstunterzeichner
Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann, Ellen Brombacher,
Thomas Hecker

Den Kalten Krieg stoppen, damit es kein heißer wird

Eine Erklärung wider den Irrsinn

Ausgerechnet in diesem Land soll ein »Denkmal für die Opfer des Kommunismus« errichtet werden. Ein Denkmal für die Opfer des Kapitalismus fehlt. Anstelle dessen wird das Kaiserschloss wiedererrichtet, welches auch ein Symbol für die vielen Millionen Toten des maßgeblich von Deutschland mit zu verantwortenden Ersten Weltkrieges ist.

Ein Denkmal für alle Opfer des Faschismus fehlt. Gäbe es eines für die des Kapitalismus, so wären die Opfer von 1933 bis 1945 eingeschlossen. Denn vom durch Hitler-Deutschland entfachten Morden in beinahe ganz Europa profitierte das deutsche Kapital, selbst vom fabrikmäßigen Vergasen in den Todeslagern.

Wer über die im Interesse des deutschen Kapitals im 20. Jahrhundert begangenen monströsen Verbrechen fast gar nicht reden will, den Völkermord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden als Phänomen darstellt und die 27 Millionen im Zweiten Weltkrieg umgekommenen sowjetischen Bürgerinnen und Bürger für kaum der Rede wert hält, der sollte sich nicht als moralische Instanz aufspielen. Das wissen die Initiatoren dieses geplanten Denkmals auch. Doch sie fühlen sich stark, nicht zuletzt, weil das Europäische Parlament (EP) dementsprechende Richtlinien formulierte.

In der »Entschließung des EP vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas« heißt es, der Zweite Weltkrieg sei die unmittelbare Folge des zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages gewesen. Das ist zum einen geschichtswidrig und zum anderen eine unerhörte Gleichsetzung der Sowjetunion mit dem Hitlerregime.

Dem entspricht in besagter Entschließung die unfassbare Feststellung, »dass es im öffentlichen Raum einiger Mitgliedstaaten (z.B. in Parks, auf Plätzen oder in Straßen) noch immer Denkmäler und Gedenkstätten gibt, die totalitäre Regime verherrlichen, was der Verfälschung historischer Tatsachen über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen des Zweiten Weltkrieges Tür und Tor öffnet.«

Also weg mit dem Denkmal für die im Kampf um Berlin gefallenen sowjetischen Soldaten im Treptower Park? Da würde gleich Platz geschaffen für ein »Denkmal für die Opfer des Kommunismus«, zu denen ja wohl auch alle gezählt werden müssen, die Hitlerdeutschland vor den Truppen der »totalitären« Sowjetunion »verteidigten«.

In der Entschließung des EP findet sich kein einziges Wort über den gewaltigen Anteil der Sowjetunion an der Zerschlagung der faschistischen Barbarei, kein Wort über die unerhörten Opfer, kein Wort über die von den deutschen Faschisten auf dem Rückzug verbrannte sowjetische Erde – 2.000 km tief, kein Wort über die infolge der Blockade von Leningrad Verhungerten, kein Wort über die weit mehr als 600 niedergemachten und niedergebrannten belorussischen Dörfer, kein Wort über all die anderen ungezählten Verbrechen.

Die da über die Verfälschung historischer Tatsachen durch Russland reden, verfälschen heuchelnd selbst. Doch wie anders sollten sie rechtfertigen, dass um Russland erneut ein Cordon sanitaire gezogen wird, dass deutsche Panzer wieder vor Russlands Grenzen stehen, und dass ausgerechnet im 75. Jahr der Befreiung der Völker Europas vom faschistischen Joch – auch über den 8. und 9. Mai 2020 – das NATO-Großmanöver »DEFENDER Europe 2020« mit 37.000 Soldaten stattfindet. Ostern hingegen wird pausiert. Nicht pausieren wird die Friedensbewegung, der wir angehören und an deren Aktionen – gerade gegen »DEFENDER Europe 2020« – wir aktiv teilnehmen. Denn NATO-Staaten proben den Aufmarsch in einem etwaigen gemeinsamen Krieg gegen Russland.

Die Vorbereitungen von Kriegen beginnen immer mit der Lüge. All jenen, die für das Wiederaufleben des Kalten Krieges die Hauptverantwortung tragen, sagen wir: Wir wollen eure Lügen nicht, wir wollen eure Kriege nicht, nicht eure Sanktionen und auch nicht die Handelskriege. Die NATO, sie gehört aufgelöst. Und wir brauchen ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands. Stoppt den neuen Kalten Krieg gegen Russland, damit kein heißer Atomkrieg daraus wird, den keine und keiner von uns überlebte.

Januar 2020

OV Region Weißwasser

04.02. 10.00 Uhr
Beratung Geschäftsführender Vorstand

10.02. 16.30 Uhr
Gemeinsame Beratung der Stadtratsfraktion Weißwasser und Ortsvorstand

18.02. 17.00 Uhr
Ortsvorstandssitzung

Vorschau März

03.03. 10.00 Uhr
Beratung Geschäftsführender Vorstand

07.03. 14.30 Uhr
Frauentagsveranstaltung in der Tanzschule Weisse

17.03. 17.00 Uhr
Ortsvorstand

23.03. 18.00 Uhr
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes

OV Niesky

05.02. 18.30 Uhr
Beratung des Ortsvorstandes in See

Kreisvorstand

06.02. 18.00 Uhr Schulstraße, Görlitz
Kreisvorstandssitzung

05.03. 18.00 Uhr Schulstraße, Görlitz
Kreisvorstandssitzung

Termin Information:

Kreisparteitage des Jahres 2020
20. Juni und am 7. November

OV Löbau

04.02. 16.00 Uhr bei Familie Ebert,
Handwerkerstr. 9 in Löbau

Beratung der BO-Vorsitzenden des Ortsverbandes mit dem Ortsvorstand Löbau

Einladung

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes DIE LINKE Löbau

am 26.02.2020, 16.30 Uhr,
in der Begegnungsstätte des Arbeitslosenverbandes, Innere Bautzner Str. 1, Löbau

Vorläufige Tagesordnung:

- Rückblick des OV auf die Arbeit in den Jahre 2018 und 2019
- Diskussion über die weitere Arbeit im Ortsverband
- Evtl. Neuwahl des Ortsvorstandes
- Sonstiges

Vorschau März

03.03. 16.00 Uhr
Ort steht noch nicht fest
Beratung der BO-Vorsitzenden des Ortsverbandes

08.03. 10.00 Uhr
Wir überbringen Glückwünsche zum **Internationalen Frauentag** in den Alten- und Pflegeheimen von Löbau und Oberland

10.03. 15.00 Uhr
Frauentagsfeier des OV Löbau
Hotel „Stadt Löbau“, Weißenberger Straße

OV Görlitz

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 18:00 Uhr
Informationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
Treffen der Linksjugend SOLID

Änderungen sind immer möglich, wenn notwendig oder sinnvoll!

15.02. 16:00 Uhr Schulstraße
Linke Küche für Alle (LiKü),
3. Küchenschlacht

25.02. 18:00 Uhr Schulstraße
Stadtratsfraktionssitzung

27.02. 16:15 Uhr Rathaus
Stadtratssitzung

29.02. 10:00 Uhr Schulstraße
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes

29.02. 15:00 Uhr Schulstraße
NEUJAHRSEMPFANG

OV Zittau

9. März - erinnern an alte und aktuelle Forderungen der Frauenbewegung

Unter diesem Motto steht die Veranstaltung am 9. März, 14 Uhr beginnend, zu der DIE LINKE in Zittau alle Interessierten in das Büro Äußere Weberstraße 2 herzlich einlädt. Dabei wird über die Erfahrungen und die heutigen Herausforderungen von Frauen diskutiert und nach Lösungen gesucht.

12.02. 10.00 Uhr
Tagung Ortsvorstand, im Zittauer Büro der LINKEN

12.02. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden im Zittauer Büro der LINKEN

11.03. 10.00 Uhr
Tagung Ortsvorstand, im Zittauer Büro der LINKEN

11.03. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden im Zittauer Büro der LINKEN

Kultur und Bildung

Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus

Stefano Liberti



Sachbuch. Übersetzt von Alexander Knaak. Rotbuch Verlag, Berlin 2012, 256 Seiten, EUR 19,95; ISBN 9783867891554

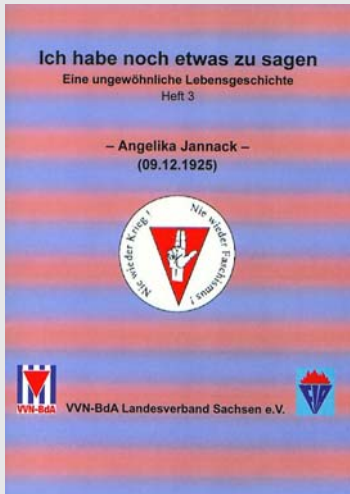
In der Einleitung heißt es: „Vor wenigen Wochen saß ich in einer Strandbar auf Sansibar, der halbautonomen Insel im indischen Ozean vor der Küste Tansanias. Während ich auf meinem Laptopschrieb, fiel mein Blick auf eine Meldung der Lokalzeitung, die FAO zeige sich arlarmiert über den erneuten Anstieg der Lebensmittelpreise. „Wenn das so weiter geht, sind 925 Mio. Menschen von Unterernährung bedroht“. Während ich den Artikel las, näherten sich vier Weiße um die vierzig der Terasse. Sie trugen Badehosen und – latschen. „Wenn die Geschichte mit dem Weizen in Tansania klappt, haben wir`s geschafft, sagt einer. „Hängt davon ab, was uns die Pacht der Flächen kostet“, antwortet ein zweiter. ... Unsere Vertreter vor Ort sagen, dass der Preis günstig sein wird“, sagt der Erste. Dann gingen die vier Richtung Meer. Das worüber sie sprachen,

ist Gegenstand des Buches. „Land grabbing“ - das neue Betätigungsfeld von Abenteurern, Geschäftsleuten, von Staaten, die die Versorgung ihrer Bürger mit Lebensmitteln sicherstellen wollen, von Finanziers, die nach Möglichkeiten suchen, ihre Profite zu vervielfachen. Einfach gesagt, „die aktuellste Form des Kolonialismus.

„Landraub“ stammt vom italienischen Journalisten Stefano Liberti und ist entsprechend flott dahingeschrieben. Im Plauderton erzählt der für seine investigativen Geschichten bekannte Reporter der linken Tageszeitung „Il Manifesto“ über seine Recherchen in Afrika und Brasilien. Der Mehrwert dieses Buches liegt darin, dass die Fakten nicht nur solid recherchiert, sondern auch durch anschauliche Vor-Ort-Berichte illustriert sind.

Liberti kontrastiert eine Konferenz der FAO in Rom, wo afrikanische Regierungsvertreter ihre Statements herunterbeten und einander mit Sonderkonditionen für ausländische Investoren zu überbieten suchen, mit einem Treffen von Agrarinvestoren und -spekulanten in Genf, wo Tacheles geredet wird und der Zweck von Investitionen in Monokulturen auf fernen Kontinenten schon durch das Kongressplakat unzweideutig dargestellt wird: wie Heubündel zusammengerollte Geldscheine auf einem abgeernteten Acker. Liberti besucht auch die Rohstoffbörse in Chicago und erklärt, wie Hedge-Fonds funktionieren. W. Bruns

BUCHTIPP



Dritte Broschüre der Reihe „Wir haben noch was zu sagen“ erschienen

Nach einer längeren Pause ist Anfang des Jahres 2020 die dritte Broschüre der o.g. Schriften-Reihe des VVN-BdA Landesverband Sachsen e.V. erschienen.

Unter dem Titel „Eine ungewöhnliche Lebensgeschichte – Angelika Jannack (09.12.1925)“ erzählt die langjährige Regionalvorsitzende des VVN-BdA Bautzen aus ihrem Leben.

Aufgeschrieben von ihrem Sohn und überarbeitet von Mitgliedern der

Arbeitsgruppe für das Broschürenprojekt, erfahren wir, wie aus dem streng katholisch erzogenen sorbischen Mädchen eine engagierte Antifaschistin und Kommunistin wurde.

Angelika Leimer erlebte die Befreiung von Faschismus unmittelbar südlich vom Bautzen mit.

Die Begegnung mit dem kommunistischen Widerstandskämpfer Karl Jannack, ihrem späteren Mann, veränderte ihr Leben grundlegend. Wir erfahren vom Engagement beim Wiederaufbau der Dörfer, besonders von den Problemen bei der Umsetzung der beschlossenen Bodenreform sowie bei der Versorgung der Bevölkerung in der Nachkriegszeit. Angelika tritt in die KPD ein, wird engste Mitarbeiterin von Karl Jannack. Sie engagiert sich im Rahmen des DFD für die Frauen in den sorbischen Dörfern, auch für die Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Wir erfahren, wie sich das Leben der Landbevölkerung langsam verbessert, aber auch welche Schwierigkeiten immer wieder auftreten. Mit der Gründung der ersten LPG und der Umgestaltung der Landwirtschaft beginnt eine neue Etappe im Leben der Familie Jannack.

Angelika und Karl Jannack haben im Kreis Bautzen tiefe Spuren hinterlassen. Es gab eine Karl-Jannack-Straße, Jugendbrigaden kämpften um den Ehren-Namen „Karl Jannack“ und das Sorbische Institut für Lehrerbildung (kurz: IfL) in Bautzen trug bis zur Wende den Namen des antifaschistischen Widerstandskämpfers.

Angelika qualifizierte sich nach dem Tod ihres Mannes 1968 zur Unterstufenlehrerin, arbeitete als Lehrerin und Pionierleiterin und schließlich als Kaderreferentin in der Abteilung Volksbildung des Kreises Bautzen. Sie war bis 1990 Stabesbeamtin und vielfältig gesellschaftlich aktiv. So besonders im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), wo sie die Interessen besonders der sorbischen Frauen vertrat.

Nach der Wende gehört Angelika Jannack zu den Gründern des Landesverbandes Sachsen des IVVdN (Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V.).

„Angelika Jannack war stets eine ruhige, aber bestimmt auftretende Teilnehmerin. Ihr Wort fand stets Gehör und Beachtung. Sie konnte von ihrem Ringen um die Anerkennung und sozialen Betreuung der von den Nazis verfolgten älteren Kameraden wie auch ihrem Bestreben, jüngere Menschen für den Verband und die antifaschistische Arbeit zu gewinnen berichten. Für den Landesvorstand, wie auch für die oft teilnehmenden Kreisvorstände aus allen Regionen Sachsens vermittelte sie wertvolle Erfahrungen, die sich zum Teil in Arbeitsvorhaben des Landes und der Kreise niederschlugen.“ so Peter Giersich, Mitglied des Landesvorstandes Sachsen der VVN-BdA von 1990 bis 2018.

Mit dem Erscheinen der Broschüre über das Leben von Angelika Jannack will der VVN-BdA Landesvorstand Sachsen ihr im Jahr ihre 95. Geburtstages eine besondere Ehre erweisen.

Heidi Gläß

Einmal ganz persönlich

„Einmal ganz persönlich“, eine Interviewreihe die vor 10 Jahren in der neu entstandenen „Links der Neiße“ erschienen ist. Sie stellt Menschen aus unserem Kreisverband mal auf eine etwas andere Art und Weise vor. Heute in der Januar-Ausgabe 2020

Heike Krahl

Geboren:

02.10.1963 in Stendal

Erlerner Beruf:

Ingenieur Werkstoffwissenschaften,

Aktuelle Tätigkeit:

arbeitslos mit vielen ehrenamtlichen Aufgaben

Gesellschaftlich aktiv:

Mitglied des Gemeinderates Krauschwitz,
Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN
Sprecherin der AG Frieden



Was ist für Dich links?

Soziale Gerechtigkeit und Weltfrieden

Was hat Dich in der letzten Zeit am meisten überrascht?

Wieviele Menschen sich auf der einen Seite gegen das „Manöver“ Devender2020 engagieren und wie sehr desinteressiert und ablehnend zu diesem Thema andere Menschen sind

Worin siehst Du Deine größte Schwäche, worin Deine größte Stärke?

Schwäche: ich will zu vieles gleichzeitig

Stärke: ich gebe so schnell nicht auf.

Was war Dein erster Berufswunsch?

Tierärztin und Gärtnerin

Wie sieht Arbeit aus, die Dich zufrieden macht?

Wenn ich eine schwierige Aufgabe gelöst habe, wenn ich einem Menschen helfen konnte und ich feststelle, was ich mir vorgenommen habe, ist geschafft.

Wenn Du Parteivorsitzender wärst...

wäre ich deutlicher für Frieden, für Miteinander durch gemeinsame Aktionen, an denen Zivilgesellschaft teilnimmt und die im ländlichen Raum ankommt.

Was regt Dich auf?

Ungerechtigkeit

Wann und wie hast Du unlängst Solidarität gespürt?

Als ich als Bürgermeisterin kandidierte, wollten viele mich unterstützen und taten es auch. Selbst nach der Wahl sprachen mich BürgerInnen an und fanden mein Engagement wichtig.

Wofür gibst Du gerne Geld aus?

Hilfe für andere in Form von Spenden. Blumen, Deko, für mich.

Möchtest Du (manchmal) anders sein als Du bist?

Ja, manchmal wäre ich gern mutiger um auf andere Menschen zuzugehen.

Wann fühlst Du Dich gut?

Wenn ich Menschen erfolgreich helfe und wenn ich eine schwierige Aufgabe lösen kann.

Wo möchtest Du am liebsten leben?

Da wo die Familie und Freunde leben, also genau da, wo ich wohne.

Wovor hast Du Angst?

Vor Einsamkeit, vor noch mehr Rechtsruck und Krieg.

Was schätzt Du besonders?

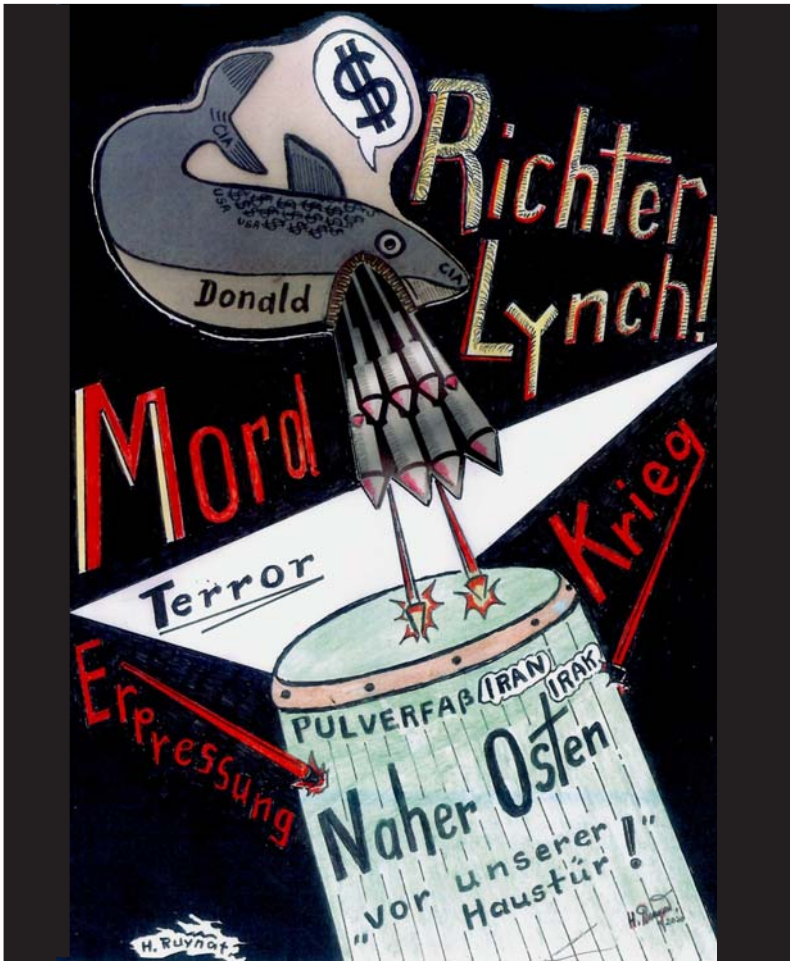
Verlässlichkeit.

Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Öffnungszeiten: Di und Do 14.00 - 16.00
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser; Tel.: 03576/

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion[at]dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Mit seinen Angehörigen trauern wir um
 unseren verstorbenen Genossen

Rolf Höhdorf aus Löbau
 11.11.1928 – 23.01.2020

Rolf hat sich als Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender
 der Kommission Politische Bildung im Ortverband Löbau aktiv für die
 Verbreitung unserer Ideen eingesetzt. Er war stets ein kritischer und
 interessierter Gesprächspartner und Freund.

Wir werden sein Andenken bewahren.
 Ortsvorstand DIE LINKE Löbau
 BO Löbau Süd



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände
 gratulieren allen Genossinnen und Genossen,
 die in den Monaten
 Februar / März Geburtstag haben, recht
 herzlich und wünschen viel Gesundheit und
 alles Gute. Insbesondere gratulieren wir
 unseren Jubilaren:

Februar

Jillian Stockmar	28.02.1995	25	Löbau
Walter Pohl	19.02.1940	80	Waldhufen
Dieter Gloyna	21.02.1940	80	Bad Muskau
Egon Vitt	24.02.1940	80	Kurort Jonsdorf
Günther Giese	28.02.1940	80	Niesky
Christian Zachmann	19.02.1939	81	Oderwitz
Wilhelm Weiß	21.02.1939	81	Görlitz
Renate Berndt	25.02.1937	83	Görlitz
Günter Lehmann	20.02.1936	84	Bad Muskau
Martin Bittroff	21.02.1935	85	Rothenburg/O.L.
Gerhard Hiecke	20.02.1931	89	Löbau

März

Madlen Lisa Ehrl	14.03.1995	25	Görlitz
Dagmar Schmitt	11.03.1945	75	Löbau
Gisela Horstmann	04.03.1940	80	Görlitz
Klaus Keller	07.03.1940	80	Görlitz
Karl Heinz Kozok	14.03.1936	84	Löbau
Manfred Ritter	15.03.1935	85	Görlitz
Horst Jank	03.03.1934	86	Görlitz
Eberhard Golbs	01.03.1933	87	Löbau
Werner Schirmer	02.03.1933	87	Löbau
Horst Bentsch	07.03.1933	87	Zittau
Annelies Gogolin	01.03.1932	88	Görlitz
Johannes Bergmann	04.03.1929	91	Ebersbach-Neugersdorf
Elfriede Kaule	04.03.1929	91	Zittau
Helmut Evers	05.03.1926	94	Zittau

**Herzliche Einladung zur nächsten
 Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation**

Wann? Wo?

Worum geht es ?

Impressum:

Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion:
 Dierk Kunow: ViSdP., Heiderose Gläß: OV Löbau, Geburtstage; Sabine Kunze: V.: OV
 Niesky; Elisabeth Menzel: V.: OV Weißwasser; Winfried Bruns: V.: OV Zittau, Kulturseite;
 Marko Schmidt; Heinrich Ruynat, künstlerischer Mitarbeiter;
 Bitte alle Beiträge an folgende e-mail:

linksenderneisse@linksmail.de

Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser
 Auflage: 580 Stck.
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.02.2020
 Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 03.03.2020
 Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten.
 Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,- Euro -

Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank
 Niederschlesien eG **IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**